

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesetz Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Verlagsort: Dresden 1538
Groszstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 59.

Montag, 10. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag für die Bemessung des Abdrucks, wenn der Text vergrößert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen- und Erlösungsstellen: Riesa, Hauptstraße 52, 1. Etage. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Schachts Goldnotenbank.

60 Millionen Kapital, 100 Millionen Noten auf englische Pfunde. — Zusammenarbeit mit der Reichsbank. — Später die internationale Goldbank.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat am Sonnabend im Haushaltsausschuß des Reichstages seinen Plan über die Goldnotenbank als Zwischenlösung entwickelt, wie er von den Sachverständigen angenommen worden ist.

Das Bankkapital ist auf 200 Goldmillionen und ihr Recht zur Notenausgabe auf 100 Millionen begrenzt. Die Reichsbank übernimmt davon 100 Millionen und eine Aktie der übrigen Hälfte und damit die dauernde Kapitalmajorität. Jeder politische Einfluß und auch die Beteiligung von Reichs- und Staatspapieren seien von dieser Bank ausgeschlossen. Der Sitz der Bank sei in Berlin und die Leitung in Händen der Reichsbank geleitet. Die Reichsbank soll von einem internationalen Bankinstitut einen Kredit von fünf Millionen Pfund erhalten, um die neuen Aktien der Goldnotenbank erwerben zu können. Mit der Errichtung der neuen Goldnotenbank ist in wenigen Tagen zu rechnen. Durch Inanspruchnahme der im Ausland kursierenden Auslandnoten will man das Gesamtkapital der Bank auf 600 Millionen erhöhen. Die neuen Goldnoten werden auf das englische Pfund ausgedrückt, was aber seine neu einführende Währung bedeutet. Diese provisorische Goldnotenbank wird später in die internationale Goldnotenbank überführt werden.

Die Verhandlungen Dr. Schachts.

Am Dienstag wird der Reichstag die Beratungen über das Gesetz der kleinen Goldnotenbank, wie die Goldnotenbank, die als Zwischenlösung gedacht ist, genannt wird, beginnen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Gesetz angenommen wird. Dr. Schacht wird den Beratungen nicht beiwohnen können, weil er am Montag wieder in Paris sein muß, um dort in der Unterkommission Bericht zu erstatten. Ueber die Ausfassungen in parlamentarischen und Regierungskreisen zur Frage der Goldnotenbanken erzählt unser Berliner Vertreter: Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird bei seiner neuerlichen Reise nach Paris mit dem Sachverständigen-Komitee die Durchberatung des Projektes der großen deutschen Goldnotenbank zu Ende führen. Bei der in dem dem Reichstag vorgelegten Gesetz vorgesehenen Goldnotenbank handelt es sich nur um die kleine Goldnotenbank, die Reichsbankpräsident Dr. Schacht als Zwischenlösung vorgesehen hat. Wenn der Reichsbankpräsident gezwungen war, schon jetzt durch ein entsprechendes Gesetz diese Bank durchzuführen, so hat das seine Begründung in dem von dem Sachverständigen-Komitee geäußerten Standpunkt. Die Sachverständigen waren nämlich der Meinung, daß das Projekt Dr. Schachts unbedingt schon jetzt sichergestellt werden müsse, da sonst die Frage offen bliebe, ob eine spätere deutsche Regierung sich dieses Projekt zu eigen machen würde. Dr. Schacht wird nunmehr in der Lage sein, bei seinen neuerlichen Verhandlungen mit den Sachverständigen die Durchführung seines Projektes zu garantieren.

Rückführung des gefährdeten Kapitals.

Ein wichtiger Sachverständigenbescheid.

Genf. Der „Temps“ meldet über den Fortgang der Sachverständigenberatungen:

Die Erörterungen im Komitee MacKenna über die Zurückführung der deutschen Auslandskapitalien haben vor dem Reichstag Deutschland die Verpflichtung auferlegt, durch gesetzliche Maßnahmen die Rückführung dieser Kapitalien bis 1. Juli zu erwirken, und zwar im Wege der Androhung der Vermögensbeschlagnahme.

Das Komitee Davies hat die Bedingungen für eine internationale Kreditlinie für Deutschland noch nicht formuliert, da sich über die Prioritäten gegenüber den alliierten Forderungen eine Übereinstimmung bisher nicht hat erzielen lassen.

Große Preissteigerung in Paris.

Tägliche Ausbreitungen in den Pariser Markthallen. Der französische Franken ist seit dem 1. März von 4,24 auf 3,90 gefallen. Die Auswirkungen in Paris zeigen sich laut dem „Journal“, in einem bis 60prozentigen Hochklettern aller Preise. Die Versammlungen in den Markthallen führen fast täglich zu Ausbreitungen. Am Gare du Nord sind in der Mittagspause mehrere Kleidergeschäfte eingeebnet worden. Die Sozialisten hatten zu Kundendemonstrationen gegen die Steuererhöhung für Sonntag im Seine-Departement aufgerufen.

Der fallende Frank.

Paris. Gestern vormittag fand im Hofe unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik eine Beratung statt, an der außer Poincaré teilnahmen: der Finanzminister, die Gouverneure der Bank von Frankreich, sowie die Mitglieder des Generalrates dieser Bank. Es wurden alle Maßnahmen besprochen, durch die man die Sanierung der Finanzen und die Wiederanfrischung des Frank erzielen will. In dem nach Schluß der Beratung veröffentlichten Communiqué heißt es: Die Regierung werde beim Senate darauf bestehen, daß die Finanzgesetze recht rasch angenommen werden und werde die Erklärungen wiederholen, die sie vor der Kammer abgegeben habe, die die Notwendigkeit hervorheben, daß die Ausgaben eingeschränkt und der Anteil der Steuern an der Einnahme erhöht werde. Die Bank von Frankreich wird die Bemühungen der Regierung unterstützen und alle erforderlichen Maßnahmen treffen.

Saizung prophetisch schwere Zeiten.

Paris. In Montpeller sprach gestern nachmittags Galloux über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Frankreichs. Man hätte, so erklärte er, den Mut aufbringen sollen, das Land einem Frieden des Ansehens so rasch als möglich entgegenzuführen. Galloux wies dann auf die Verluste hin, die der erworbene Reichthum in Frankreich erlitten habe. Frankreich sei ein arbeitssames Land, aber es habe noch schwere Zeiten durchzumachen, um wieder zur Lage von vor 1914 zurückzuführen. Man müsse das Vertrauen der Gläubiger aufrechterhalten, um wieder Kredit zu finden. Während des Krieges seien viele Fehler begangen worden. Galloux sprach sich dann gegen die 20prozentige Steuererhöhung aus. Nach seiner Ansicht dürfte eine bessere Anwendung der Einkommensteuer dem Budget die erforderlichen Einnahmequellen sichern.

Die Note über die Militärkontrolle.

Die Auffassung einer maßgebenden Persönlichkeit. Die Reichsregierung wird voraussichtlich schon am Anfang der Woche die Note der Völkervereinigung über die Durchführung der Militärkontrolle in Deutschland verantworten. Der außenpolitische Mitarbeiter des „Berliner Presse-Dienstes“ hatte zu dieser Angelegenheit eine längere Unterredung mit einem hohen Beamten des Auswärtigen Amtes, der ausführlich den Standpunkt der deutschen Regierung darlegte. Diese Persönlichkeit äußerte sich in folgendem Sinne:

Für die deutsche Regierung ist der der Völkervereinigung dargelegte Standpunkt eine Frage von größter rechtlicher Tragweite. Aus diesem Grunde wird auch die deutsche Regierung sich auf den reinen Rechtsstandpunkt stellen und in ihrer Antwort darauf hinwirken, daß nach dem Friedensvertrag von Versailles die internationalisierte Militärkontroll-Kommission ihre Tätigkeit in Deutschland beendet haben müsse und daß demnach die Aufrechterhaltung einer internationalen Militärkontroll-Kommission in dem von der Völkervereinigung vorgeschlagenen Sinne nicht im Versailles-Vertrag vorgesehen ist. Die deutsche Regierung wird gerade in dieser Angelegenheit gezwungen sein, sich auf den Versailles-Vertrag zu berufen. Gerade, nachdem die alliierten Mächte, insbesondere Frankreich, an der Unanständigkeit des Versailles-Vertrages festhalten wollen, muß von deutscher Seite einmal mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Regierung ihrerseits gezwungen ist, auch auf die Innehaltung der vertraglichen Verbindungen von Versailles zu dringen. Würde die Fortführung der internationalisierten Militärkontroll-Kommission über den Versailles-Vertrag hinausgehen, würde damit der deutschen Regierung zugemutet werden, einen gänzlich ungeschickten Zustand anzuerkennen.

Die befragte Persönlichkeit im Auswärtigen Amt erklärte weiter, man sei erstaunt, daß die englische Regierung auf diese Kompromißlösung mit Frankreich eingegangen sei. Man nimmt an, daß der englische Premierminister beabsichtigt war, Frankreich in der Frage der Sicherheit ein Zugeständnis zu machen, um auf der anderen Seite die Frage der internationalen Abmachungen in Europa damit erleichtern zu können. Anders wäre die Haltung des englischen Ministerpräsidenten gar nicht verständlich. Denn gerade von englischer Seite ist wiederholt offiziell anerkannt worden, daß Deutschland seine Verpflichtungen hinsichtlich der Abrüstung vollständig und loyal durchgeföhrt hat. Daß die deutsche Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Durchführung ihres rechtlichen Standpunktes hinlenken muß, da gerade bei den französischen Zielen auf Aufrechterhaltung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes ein Zustand geschaffen wird, der weit über den Versailles-Friedensvertrag hinausgeht und die Lebensinteressen des Deutschen Reiches in ernsthaftester Weise zu gefährden geeignet erscheint.

Zur Frage der Reichstagsauflösung.

Die Frage der Reichstagsauflösung und der Termin der Neuwahlen bildete auch am Sonnabend den Hauptgegenstand der Unterhaltungen in den Wandelgängen des Reichstags. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hofft man über die vorhandenen Schwierigkeiten doch noch in letzter Stunde hinwegzukommen und dadurch die Auflösung des Reichstags durch den Reichspräsidenten vermeiden zu können. Es wird davon gesprochen, daß auch die Weisung der Reichsminister nicht mehr unbedingt für eine Auflösung des Reichstags ist. Die Neuwahlen dürften nach Ansicht parlamentarischer Kreise erst im Juni stattfinden, da die Vorbereitung der Wahlen namentlich im besetzten Gebiet, wo erst eine Fühlungnahme mit der Rheinland-Kommission notwendig ist, längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Einer Verchiebung des Wahltermins bis zum Juni dürfte auch nach Ansicht vieler Parlamentarier die Reichsregierung ihre Zustimmung nicht versagen.

10 Millionen M. Gold der Reichsbank nach Amerika.

Aus Kreisen des Reichsbankdirektoriums hört die B. Z., daß ein deutscher Dampfer mit einem Transport von 10 Millionen M. in effektivem Gold vor wenigen Tagen in New York eingetroffen ist. Es handelt sich dabei um angekaufte Beträge aus kleinen Goldkäufen in Höhe von rund 7,7 Millionen M., wozu die Reichsbank aus ihrem Bestande zur Abrundung des Betrages noch 2,3 Millionen Mark hinzugefügt hat. Dieser Goldbetrag wird in Amerika veräußert bzw. zum Ankauf von Dollars verwendet werden.

durch die der Bestand der Reichsbank an Devisen eine Stärkung erfährt.

Waffenprotest

gegen die dritte Steuererhöhung.

Berlin. Am Rheinold fand gestern eine Waffenversammlung der Gewerkschaften und Sozialdemokraten statt. Der etwa 3000 Personen füllende Saal war überfüllt. Es wurde einstimmig eine Entschickung angenommen, in der die 3. Steuererhöhung als unfähige Unerschicklichkeit bezeichnet wird, da sie Hunderttausenden von Gläubigern die letzte Existenzgrundlage nehme und das Reichthum des deutschen Volkes erschüttere. Die Entschickung fordert die Aufhebung der Aufwertungsbestimmungen der Verordnung.

Eine erregende Kundgebung für unsere Gefallenen.

Berlin. Am Großen Schauspielhaus fand gestern mittag eine Kundgebung für unsere im Kriege Gefallenen statt, an der der Volksbund Deutsche Arbeitervereine, die Gewerkschaften im Verein mit einer großen Reihe gewerkschaftlicher, humanitärer und religiöser Verbände aller Konfessionen auftraten. Viele Tausende hatten dem Ruf Folge geleistet und füllten den weiten Raum. Die Gedächtnisrede hielt der Präsident des Volksbundes Deutsche Arbeitervereine, Warrner Stern. Er wies auf das Vorbild hin, das uns die zwei Millionen auf 400000 Kredithöhen des Weltkrieges ruhenden deutschen Brüder gaben. Wenn wir im Glauben, Glauben und Leben ihnen nachstellten, würden wir den Glauben an uns selbst wiedergewinnen und den alles zerschmetternden Egoismus aus unserem Volke verbannen. Den Worten des Redners folgte atemlose Stille, nur unterbrochen von dem Schluchzen der vielen, die ihre Toten nie vergessen werden.

Die deutsche Wirtschaftskrise und ihre Überwindung.

Chemnitz. Die Ortsgruppe Chemnitz des Verbandes Sächsischer Industrieller hielt hier seine Hauptversammlung ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und der einstimmigen Wiederwahl des Vorstandes hielt Direktor Lebnig von den Wäbter-Werken, Diabener, einen Vortrag über die deutsche Wirtschaftskrise und ihre Überwindung. Er wies darauf hin, daß wir uns gegenwärtig in der größten Wirtschaftskrise befinden, die Deutschland je durchzumachen hatte. Die deutsche Wirtschaft sei derart verarmt an Betriebsmitteln, daß wir mit unserem Kapital eine volle Wirtschaft unter Inanspruchnahme aller Anlagen nicht betreiben können. Es werde Generationen dauern, bis wir die verlorenen Spargelder, das Betriebskapital der deutschen Wirtschaft, wieder erarbeiten haben. Neuer Wohlstand könne nur entwickelt und beibehalten werden durch höhere Intelligenz der Führer mit Einstellung auf ganz neue Wege, durch Umstellung des Lebens, also auch des Arbeitswillens des Volkes, durch eine den neuen Verhältnissen angepaßte Lebensweise und endlich durch Errichten eines neuen Staatswillens, der jeden Deutschen innerlich erleben lasse, daß das Schicksal des Staates sein eigenes Schicksal verleihere. Die deutsche Industrie hat ein viel größeres Interesse an dem Ausbau der deutschen Landwirtschaft, als sie bisher zu haben glaubte. Auf dem Wege des erneuten Aufstiegs lebten uns wohl Betriebsmittel und Exportmöglichkeiten, geblieben sei uns aber die Geschicklichkeit in der gewerblichen Arbeit, unsere Beweglichkeit und Erfindungsreichtum zur Anpassung an jede Aufgabe. Es gälte, unsere Gesamtindustrie auf unsere Kräfte einzustellen, um diese zu besiegen. Wirtschaftlich betrachtet bedeute unsere Aufgabe das Problem, Menschenleben, nicht nur alte, dahinschwimmende, sondern eine ungeheure Heerschar junger, blühender Völker vor vorzeitigem Tode zu retten, ihnen einen auskömmlichen Unterhalt zu schaffen und sie zu frohen, vollwertigen Staatsbürgern zu bilden. Nach dem außerordentlich beifällig aufgenommenen Vortrage sprach Landtagsabgeordneter Dr. Schneider über das Thema: Von der Papiermark zur Rentenmark.

Schweres Grubenunglück in Nordamerika.

Paris. Nach einem Telegramm aus Salt Lake sind 175 Grubenarbeiter durch ein Schlagwetter in einem Bergwerk bei Salt Lake verunglückt worden. Das Bergwerk steht in Flammen. Obwohl von vielen Rettungsmannschaften sofort Bergungsarbeiten unternommen worden sind, ist es noch nicht gelungen, die Verunglückten zu bergen. Man befürchtet, daß sämtliche 175 Grubenarbeiter ums Leben gekommen sind.

Beendigung der belgischen Kabinettskrise.

Paris. Nach dem Brüsseler Temps-Bericht hat sich das Kabinettskrise als gebildet angebehen. Seine Zusammenstellung entspricht den Rufen, die Fernier Ferner vorgeworfen gebracht hat. Indessen steht noch nicht fest, ob General Forour das Verteidigungsministerium übernimmt. Zunächst ist es nicht ausgeschlossen, daß es einem belgischen Parlamentarier angeboten wird. Heute treten in Brüssel sämtliche katholische Abgeordnete und Senatoren zu einer Besprechung der Lage zusammen. Ebenso werden sich die Vertreter der radikalen Partei verammeln, um ihr Einverständnis mit der Neubildung des Kabinetts zu erklären. Der Berichterstatter rechnet damit, daß das Kabinettskrise heute nachmittag gebildet wird und sich am Mittwoch dem Parlament vorstellen könnte.